

Teil A.2 Arbeitssicherheit, Umwelt- und Brandschutz

Träger des Vorhabens:



Inhaltsverzeichnis

2.1	UMWELTSCHUTZ	3
2.1.1	Allgemeines	3
2.1.2	Boden- und Gewässerschutz	3
2.1.3	Abfallbeseitigung	4
2.1.4	Baulärm und Erschütterungsemissionen	4
2.2	ARBEITSSCHUTZ	5
2.2.1	Allgemeines	5
2.2.2	Arbeitsbereich	6
2.2.3	Flucht und Rettungswege	6
2.2.4	Verkehrswege/innerbetrieblicher Verkehr	6
2.2.5	Kennzeichnung	6
2.2.6	Absperrungen/Sicherungen	6
2.2.7	Arbeitsmittel	7
2.2.8	Arbeitsschutz auf Baustellen	7
2.3	BESONDERE SICHERHEITSANFORDERUNGEN	9
2.3.1	Anlagen des U-Bahn-Betriebs	9
2.3.2	Verbot von Substanzmittelgebrauch und Rauchen	9
2.3.3	Telefonieren/Funk/Audiogeräte	9
2.4	BRANDSCHUTZ	10
2.4.1	Freischalten von Brandmeldeeinrichtungen	10
2.4.2	Brandschutz in unterirdischen Anlagen und auf Haltestellen	10
2.5	VERHALTEN IM NOTFALL	12

Allgemeine Angaben zur Angebotserstellung und Leistungs-/Bauausführung**2.1 Umweltschutz****2.1.1 Allgemeines**

Der Auftragnehmer hat vor Aufnahme der Arbeiten selbstständig zu prüfen, welche Rechtsnormen einzuhalten sind, und verpflichtet sich, den Auftrag so auszuführen, dass er alle relevanten Umweltschutzvorschriften und Regelwerke beachtet und einhält; neben bundesweiten bestehenden landesrechtlichen Regelungen.

Erforderliche Nachweise sind der HOCHBAHN auf Verlangen vorzulegen. Dies gilt auch im Hinblick auf Schutzmaßnahmen zu Emissionen, wie etwa Lärm, Staubentwicklung oder Erschütterungen. Die Maßnahmen sind in die Angebotspreise auch dann einzurechnen, wenn diesbezüglich keine gesonderten Leistungspositionen vorgesehen sind.

2.1.2 Boden- und Gewässerschutz

Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen stellt der Auftragnehmer sicher, dass Böden und Gewässer vor Kontamination geschützt werden und keine Stoffe ins Erdreich oder die Kanalisation gelangen. Etwaige Schäden sind nach §4 Umweltschadensgesetz (USchadG) und nach §1[1] Hamburgisches Bodenschutzgesetz (HmbBodSchG) meldepflichtig. Die HOCHBAHN ist im Schadensfall unverzüglich zu informieren und in das Schadensmanagement der Behörde für Umwelt und Energie einzubinden. Der Auftragnehmer ist für die Kosten der Schadensbeseitigung verantwortlich.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen:

Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen während der Bauzeit hat unter Beachtung der wasserrechtlichen Sorgfaltspflichten und einschlägigen Schutzvorschriften zu erfolgen, damit schädliche Verunreinigungen der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung ihrer Eigenschaften vermieden werden.

Insbesondere

- ist die Versorgung von Baumaschinen und -fahrzeugen mit Betriebsstoffen gegen Auslaufen dieser Stoffe abzusichern.
- ist bei der Versorgung von Baumaschinen und -fahrzeugen mit Betriebsstoffen ein Sicherheitsabstand zu Gewässern, offenen Baugruben und zu von Grundwasserabsenkungen erfassten Bereichen von mindestens 20 m einzuhalten.
- müssen Behälter, in denen wassergefährdende Stoffe wie etwa Betriebsstoffe gelagert werden, doppelwandig sein oder als einwandige Behälter in Auffangwannen aufgestellt werden; die Behälter müssen außerdem den beförderungsrechtlichen Anforderungen genügen.
- sind Geräte und Hilfsmittel (Ölbinder, Besen, Schaufeln, Behältnisse) zur Aufnahme ausgelaufener Betriebsmittel vorzuhalten.
- müssen ausgelaufene Betriebsmittel unverzüglich aufgenommen werden und

entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen entsorgt werden.

- ist das mit dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen befasste Personal in die Sorgfaltspflichten einzuweisen.

Abwasser/ Schmutzwasser Entwässerung:

Das Einleiten von Abwasser in die öffentlichen Abwasseranlagen ist ohne schriftliche Abstimmung durch die HOCHBAHN nicht vorgesehen. Vielmehr ist das in den Organisationsflächen (z. B. Büro-, Personal- und Sanitärcontainer) des Auftragnehmers anfallende Abwasser in Tanks zu sammeln und regelmäßig abzufahren. Sollten aber dennoch Entwässerungsanlagen für das Einleiten von Abwasser in die öffentlichen Abwasseranlagen erforderlich werden, ist vor Beginn der entsprechenden Arbeiten, durch den Auftragnehmer und auf dessen Kosten, ein Antrag für eine Sielanschluss- und Einleitungsgenehmigung bei der zuständigen Behörde mit entsprechenden Bauvorlagen und Unterlagen über die in die öffentlichen Abwasseranlagen einzuleitenden Abwässer zur Prüfung und Genehmigung einzureichen.

Der Auftragnehmer gewährleistet generell, dass kein anfallendes, belastetes Abwasser/ Schmutzwasser, welches die Anforderungen an die Einleitung nicht erfüllt, in die Kanalisationsanlagen, Gewässer oder den Boden gelangt.

2.1.3 Abfallbeseitigung

Abfall, der im Zusammenhang mit der Ausführung der Leistung/ Bauausführung anfällt, obliegt der Entsorgungs- sowie Kostenverantwortung des Auftragnehmers, solange keine gesonderten Positionen im Leistungsverzeichnis angegeben sind oder sich aus der Bauherrenverpflichtung (z.B. Rückbaumaterialien, Bodenaushub) der HOCHBAHN ergeben. Bei der Sammlung und Bereitstellung von Abfällen ist zu berücksichtigen, dass es sich um gefährlichen Abfall handeln kann. Abfallrechtliche Dokumente zu den Entsorgungsvorgängen einer Leistung/Baumaßnahme sind zur Erfüllung von Nachweispflichten der HOCHBAHN vorzulegen. Die Pflicht zur Abfallbeseitigung endet nicht mit der Abnahme des Werkes.

Kommt der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen zum Umgang mit Abfall nicht nach, kann die HOCHBAHN auf Kosten des Auftragnehmers die erforderlichen Maßnahmen veranlassen. Der Auftragnehmer haftet gegenüber der HOCHBAHN für die Einhaltung der bei der Beseitigung zu beachtenden Verkehrssicherungspflichten und öffentlich-rechtlichen Vorschriften, soweit Dritte aus deren Verletzung die HOCHBAHN in Anspruch nehmen. Der Auftragnehmer hat die HOCHBAHN gegenüber Ansprüchen Dritter freizuhalten.

2.1.4 Baulärm und Erschütterungsemissionen

Eine Gefährdung bestehender Bauwerke, Straßen, Brücken oder sonstiger Einrichtungen durch Erschütterungen ist auszuschließen.

Erforderliche Ausnahmegenehmigungen für lärmintensive Arbeiten sind vom Auftragnehmer zu beantragen.

2.2 Arbeitsschutz

2.2.1 Allgemeines

Der Auftragnehmer stellt vor Arbeitsaufnahme die arbeitsmedizinische Eignungs- und Vorsorgeuntersuchung im Zusammenhang mit der Auftragserfüllung seiner Mitarbeiter sicher. Zudem hat der Auftragnehmer sein Personal mit allen notwendigen persönlichen Schutzausrüstungen, entsprechend den gesetzlichen, unfallversicherungsrechtlichen und den betrieblichen Vorgaben des Auftraggebers auszustatten. Er hat dafür zu sorgen, dass seine Mitarbeiter die Körperschutzartikel und die Schutzkleidung tragen und sachgerecht benutzen.

Bei Verstoß gegen die gültigen Arbeitsschutzbestimmungen sowie bei Nichteinhaltung der betrieblichen Sicherheitsregeln kann die HOCHBAHN die Einstellung der Arbeiten zu Lasten des Auftragnehmers bis hin zur Behebung des Mangels und/ oder den Ausschluss zuwider handelnder Mitarbeiter vom Auftragnehmer verlangen.

Zusammenarbeit im Arbeitsschutz

Der Auftragnehmer ist verpflichtet bei der Beurteilung von Gefährdungen und dem Durchführen von Arbeitsschutzmaßnahmen mit der HOCHBAHN zusammenzuarbeiten. Der Auftragnehmer gewährt den projektverantwortlichen Personen Einsicht in die Gefährdungs- und Belastungsanalysen sowie erforderlichen Nachweise. Zur Vermeidung von gegenseitigen Gefährdungen stimmen die projektverantwortlichen Personen von Auftragnehmer und HOCHBAHN die Arbeiten aufeinander ab. Der Auftragnehmer benennt hierzu einen Ansprechpartner sowie einen Vertreter. Beide müssen Angehörige des Auftragnehmers sein und dürfen nicht Mitarbeiter eines Nachunternehmers sein.

Werden Mitarbeiter mehrerer Fremdfirmen an einem Arbeitsplatz tätig, sind alle Nachunternehmer verpflichtet, bei der Durchführung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzbestimmungen zusammenzuarbeiten. Soweit dies für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit erforderlich ist, haben die verantwortlichen Personen der Nachunternehmer je nach Art und Tätigkeit insbesondere sich gegenseitig über die mit den Arbeiten verbundenen Gefahren für Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiter zu unterrichten und Maßnahmen zur Verhütung dieser Gefahren abzustimmen.

Der Auftragnehmer informiert die HOCHBAHN über besondere Gefahren, die von seiner Arbeit oder seiner Nachunternehmer ausgehen (z. B. Hinweis auf verwendete Gefahrstoffe, gefährliche Arbeitsmittel, gefährliche Arbeiten) sowie über alle unerwarteten Ereignisse, die während der Arbeit auftreten (z. B. sicherheitstechnische Schwierigkeiten). Es wird hiermit deutlich auf die gegenseitige Verständigung bei gemeinschaftlich ausgeführten gefährlichen Arbeiten hingewiesen. Eine zuverlässige und mit der Arbeit vertraute Person hat Aufsicht zu führen.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass seine verantwortlichen Personen ihre Pflichten, Aufgaben und Befugnisse wahrnehmen können. Insbesondere muss ihnen das Weisungsrecht gegenüber deren Mitarbeitern obliegen. Während der Ausführung der Arbeiten müssen die verantwortlichen Personen (oder Vertreter) stets erreichbar sein.

2.2.2 Arbeitsbereich

Auftragnehmer (bzw. deren Mitarbeiter) haben sich nur in den Betriebsteilen aufzuhalten, in denen die vereinbarten Arbeiten ausgeführt werden sollen und für die sie eine Einweisung erhalten haben.

Jeder Auftragnehmer hat die Pflicht, seinen Arbeitsbereich in einem ordentlichen und sauberen Zustand zu halten.

2.2.3 Flucht- und Rettungswege

Flure, Treppenräume und Verkehrsflächen im Bereich der HOCHBAHN-Anlagen sind als Flucht- und Rettungswege zu betrachten. Die Entfluchtung darf nicht durch das Abstellen von Gegenständen beeinträchtigt werden. Die als Feuerwehrezufahrten gekennzeichneten Flächen im Außenbereich sind jederzeit freizuhalten. Das Offenhalten von Rauch- und Brandschutztüren ist verboten.

2.2.4 Verkehrswege/innerbetrieblicher Verkehr

Auf allen befahrbaren Betriebsstätten gilt die Straßenverkehrsordnung (StVO). Zudem sind die jeweiligen Bestimmungen vor Ort zu beachten. Auf den Busbetriebshöfen sowie den U-Bahn-Werkstätten gilt die Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h. Rückwärtsfahren ist hier nur mit geeigneter technischer Ausstattung am Fahrzeug oder mit Einweiser erlaubt.

Verkehrs-, Flucht- und Rettungswege sind freizuhalten und dürfen nicht eingeengt werden. Das gleiche gilt für die Stellflächen für Einsatzfahrzeuge (Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und andere Hilfsorganisationen). Ebenso ist der Zugang zu Schalt-, Sicherheits-, Brandmelde- und Rettungseinrichtungen freizuhalten.

Personenkraftwagen, Liefer- und Montagefahrzeuge dürfen nur auf entsprechend gekennzeichneten oder ausdrücklich zugewiesenen Flächen abgestellt werden.

2.2.5 Kennzeichnung

Die Sicherheitszeichen der jeweiligen Betriebsstätte sind zu beachten.

Schutzeinrichtungen und Sicherheitszeichen dürfen weder entfernt oder verändert noch zugestellt oder verdeckt werden. Dies gilt insbesondere für Feuerlöscher, Erste-Hilfe- und Rettungseinrichtungen sowie Notausgänge und die Hinweise darauf. Ausgenommen hiervon sind schriftlich genehmigte Arbeiten an diesen Einrichtungen.

2.2.6 Absperrungen/Sicherungen

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass der gesamte Bereich seiner Arbeitsstelle ordnungsgemäß abgesichert ist (gegen unbefugtes Betreten sowie Betreten und Verlassen an nicht dafür vorgesehenen Stellen). Arbeitsplätze an Verkehrswegen und -flächen sind gemäß den gültigen Regeln zu sichern. Gefahrenstellen sind, soweit sie durch technische Maßnahmen nicht behoben werden, unverzüglich zu sichern und kenntlich zu machen. Das unbefugte Verändern und Entfernen von Schutz- und Sicherheitseinrichtungen sind verboten.

2.2.7 Arbeitsmittel

Bei Benutzung der von der HOCHBAHN zur Verfügung gestellten Arbeits- und Betriebsmittel sind hierfür erlassene Betriebsanweisungen und Anweisungen zu befolgen. Diese bereitgestellten Arbeits- und Betriebsmittel sind vom Auftragnehmer vor der Benutzung auf augenfällige Mängel zu prüfen.

Sonstige Maschinen, Geräte, Arbeitsmittel und Hilfsmittel müssen in einem einwandfreien Zustand und bei Erfordernis durch Sachkundige geprüft sein. Bei Maschinen, Geräten, Werkzeugen, elektrischen Anlagen und Betriebsmitteln sowie überwachungsbedürftigen Anlagen, die einer Prüfpflicht unterliegen, sind die entsprechenden Nachweise am Arbeitsbereich vorzuhalten.

2.2.8 Arbeitsschutz auf Baustellen

Im Zusammenhang mit Arbeiten, die unter den Regelungsbereich der Baustellenverordnung (BauStellV) fallen, ist die Ernennung eines oder mehrerer Koordinatoren für die Anwendung und Einhaltung der allgemeinen Grundsätze nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes erforderlich.

Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gem. § 3 BauStellV wird von der HOCHBAHN gestellt, soweit dies nicht ausdrücklich anders geregelt ist. Der Aufgabenbereich ist in § 3 Abs.3 BauStellV definiert.

Die verantwortlichen Personen¹ zum Arbeitsschutz des Auftragnehmers sind schriftlich zu benennen und müssen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift verfügen, um alle Sicherheitsanweisungen verstehen und umsetzen zu können.

Arbeitsschutzkonzept/ -pläne

Soweit erforderlich und vorgeschrieben, hat der Auftragnehmer für die Arbeiten, einschließlich seiner Nachunternehmer Arbeitsschutzpläne zu erstellen. Dies ist auf Verlangen der HOCHBAHN nachzuweisen. Die Pläne sind durch den Auftragnehmer laufend fortzuschreiben.

Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass mindestens 2 Exemplare der Arbeitsschutzpläne in aktueller Fassung permanent auf der jeweiligen Baustelle vorliegen:

- 1 Exemplar für die HOCHBAHN
- 1 Exemplar für den Auftragnehmer

Die Pläne und deren Fortschreibungen sowie etwaige Änderungen sind mit der HOCHBAHN und einem, gemäß Baustellenverordnung vorhandenen SigeKo abzustimmen.

¹ Verantwortliche Personen müssen die Qualifikation einer Fachkraft für Arbeitssicherheit/ Sicherheitsingenieur oder -techniker nachweisen.

Die einzelnen **Arbeitsschutzpläne** sind als **geschlossene Dokumente** für die **einzelnen Bauphasen** mit folgenden inhaltlichen und formellen Anforderungen zu erstellen:

Deckblatt:

- Bezeichnung der Baumaßnahme
- Abschnitt der Baumaßnahme
- Beschreibung des Planinhalts/ Bauphase
- Name und Anschrift des Erstellers
- Name des Verantwortlichen für Sicherheit und Gesundheitsschutz des Auftragnehmers
- Durchlaufende Nummerierung mit Index bei ggf. erforderlicher Überarbeitung sowie Änderungsdatum und Veranlassung

Arbeitsschritte und Inhaltsverzeichnis (Gefährdungsbeurteilung gemäß Arbeitsschutzgesetz):

- Gewerke/ Nachunternehmer
- Gefährdungsanalysen
- Gegenseitige Gefährdungen
- Maßnahmen und Sicherheitseinrichtungen
- Persönliche Schutzausrüstung
- Rechtliche Regelungen
- Flucht- und Rettungskonzept
- Betriebsanweisungen

Weitere Anlagen zum Arbeitsschutz:

Hinzufügen von weiteren Anlagen nach Bedarf, z.B. für spezielle Bauverfahren oder Arbeitsweisen.

Der Arbeitsschutzplan ist baustellenbezogen nach den Arbeitsschritten zu erstellen. Eine Ansammlung von Vorschriften und Schutzmaßnahmen ohne jeglichen Bezug zur Baustelle wird von der HOCHBAHN nicht anerkannt.

Die Arbeitsschutzpläne sind rechtzeitig, d. h. mindestens 10 Werktage vor dem jeweiligen Baubeginn der HOCHBAHN zur Prüfung einzureichen.

2.3 Besondere Sicherheitsanforderungen

2.3.1 Anlagen des U-Bahn-Betriebs

Die Anlagen des U-Bahn-Betriebs sind besondere Gefahrenbereiche mit Gefährdungen durch Strom und Bahnverkehr. Arbeiten in Gefahrenbereichen erfolgen ausschließlich unter Einhaltung der für die Gefahrenbereiche gesonderten betrieblichen Anweisungen/Sicherheitsbestimmungen und in Abstimmung mit der jeweiligen Projektleitung.

Voraussetzungen für Arbeiten in diesem Bereich ist eine für Arbeiten im Gleisbereich gültige arbeitsmedizinische Eignungsuntersuchung sowie einer gesonderten Unterweisung mit Aushändigung einer namentlichen Berechtigungskarte durch zuständige Personen der HOCHBAHN. Die notwendigen Eignungsuntersuchungen erfolgen eigenverantwortlich durch den Auftragnehmer, erforderlicher Unterweisungsaufwand ist durch den Auftragnehmer einzukalkulieren. *Es wird verwiesen auf die Dienstanweisung „Sicherung von Personen im Gleisbereich (BL 0 031)“.*

2.3.2 Verbot von Substanzmittelgebrauch und Rauchen

Bei der HOCHBAHN gilt ein generelles und absolutes Verbot, unter dem Einfluss berauschender Mittel, wie z.B. Alkohol und Substanzmittel, die Arbeiten auszuüben. Dies gilt auch für die Einnahme von bestimmten Medikamenten, die das Reaktionsvermögen beeinträchtigen.

Darüber hinaus besteht Rauchverbot, Ausnahmen bestehen nur in besonders gekennzeichneten Bereichen.

2.3.3 Telefonieren/Funk/Audiogeräte

Für bestimmte Arbeitsstätten und Arbeitsplätze mit hohen Gefährdungen (z.B. Gleisbereich, Bereiche mit Werksverkehr) ist das Telefonieren mit Mobilfunkgeräten nur in gesicherten Bereichen erlaubt, die Verwendung von Funkgeräten sowie das Hören von Musik mit Kopfhörern sind generell verboten.

2.4 Brandschutz

2.4.1 Freischalten von Brandmeldeeinrichtungen

Heiß- oder Feuerarbeiten dürfen außerhalb ständiger, hierfür eingerichteter und vorgesehener Arbeitsplätze nur mit schriftlicher Genehmigung (Schweißerlaubnisschein) der HOCHBAHN durchgeführt werden. Die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollen (z. B. Brandwache) werden im Einzelnen in Absprache mit den ausführenden Personen sowie den zuständigen Bereichen/ Dienststellen der HOCHBAHN festgelegt.

2.4.2 Brandschutz in unterirdischen Anlagen und auf Haltestellen

Auf Baustellen im unterirdischen bzw. allgemeinen Haltestellenbereich und diese Ausschreibung betreffende, bereits fertiggestellte Trogbereiche, ist die Verwendung von brennbaren und explosiven Materialien nur in der Menge zulässig, die zur Durchführung der betreffenden Baumaßnahme unbedingt erforderlich ist. Unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten sind leicht entzündliche oder brennbare Stoffe und Materialien zu entfernen.

Es wird verwiesen auf die Dienstanweisung „Brandschutz bei Arbeiten in unterirdischen U-Bahnanlagen (UI 2 007-00)“.

Insbesondere gilt:

Flüssiggas (Butan, Propan):

Transport, Lagerung und Verwendung von Flüssiggas wie Propan und Butan sind grundsätzlich verboten. Im Ausnahmefall dürfen Flüssiggase in Form einer Flasche (bis 11 kg) verwendet werden, wenn diese mit Schlauchbruch- und Leckgassicherung ausgerüstet ist. Eine Lagerung (auch von evtl. weiteren Flaschen, die während einer Arbeitsschicht benötigt werden) ist nicht zulässig.

Ausnahmen bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung der jeweiligen Fachabteilung/ Bauüberwachung der HOCHBAHN. Vor Beginn der Arbeiten ist die Leitstelle über den Einsatz von Propan zu informieren.

Benzin/ Diesel:

Aus Gründen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (Abgas) sind gem. DGUV Vorschrift 38, benzingetriebene Geräte im Untergeschoss der Haltestelle verboten. Es sind elektrobetriebene oder geeignete dieselbetriebene Geräte zu benutzen. Die Frage der ausreichenden Stromversorgung ist vor Baubeginn zu klären. Kraftstoff in Kanistern darf nur im begründeten Ausnahmefall in das Untergeschoss der Haltestelle gebracht werden (max. 1 Kanister - 20 l) und ist mit dem Ende der Arbeitsschicht wieder aus dem Untergeschoss der Haltestelle zu entfernen.

Sauerstoff/ Acetylen (Brenn geschirr):

Druckgasflaschen für Sauerstoff und Acetylen (Brenn geschirr) dürfen im Untergeschoss der Haltestelle nicht gelagert werden. Der für die Durchführung der Arbeiten notwendige Bedarf an Gasflaschen darf erst bei Schichtbeginn in das Untergeschoss der Haltestelle gebracht werden und ist bei Schichtende wieder aus dem Untergeschoss der Haltestelle

zu entfernen.

Holz/ Spanplatten:

Als Bauzaun/ Staubschutzverkleidung in Innenbereichen sind nur nicht brennbare Platten (Baustoffklasse A) zugelassen. Die ausnahmsweise Verwendung von B1-Platten bedarf der Zustimmung des U-Bahn-Betriebsleiters und ist über die HOCHBAHN-Bauüberwachung zu beantragen.

Feuerlöscher:

Der Auftragnehmer hat geeignete Feuerlöscher in ausreichender Zahl auf der Baustelle vorzuhalten.

Sicherheitsvorkehrungen bei Heiarbeiten:

Bei der Durchführung von Heiarbeiten im Bereich der U-Bahn ist der Auftragnehmer zur Einhaltung nachfolgender Sicherungsvorkehrungen verpflichtet:

- Brennbare Gegenstände und Stoffe im Umkreis von 10 m sowie unterhalb der Arbeitsstelle sind zu entfernen oder mit nicht brennbaren Stoffen abzudecken.
- Öffnungen, Fugen und sonstige Durchlässe sind mit nicht brennbaren Stoffen abzudichten.
- Explosionsgefahren durch Stäube, Gase oder brennbare Flüssigkeiten in Behältern und Leitungen sind zu beseitigen.
- Es ist eine mit einem Feuerlschgert z. B. Handfeuerlöscher ausgerüstete Brandwache bereitzustellen. Durch die Brandwache muss sichergestellt sein, dass die Arbeitsstelle, deren nähere Umgebung sowie alle Bereiche beobachtet werden, in denen durch Spritzer oder heiße Gase eine Entzündung erfolgen könnte. Es ist dafür zu sorgen, dass im Brandfall unverzüglich Löschversuche unternommen werden können. Ist erkennbar, dass diese erfolglos bleiben werden, muss unverzüglich die Feuerwehr alarmiert werden.
- Brandmeldungen sind in jedem Fall telefonisch über die ständig besetzte Telefonnummer (040) 3288-77 (*siehe Kapitel „Verhalten im Notfall“*) mit Nennung des Ortes und des Umfanges des Brandes sowie der Anzahl der ggf. verletzten oder gefährdeten Personen, an die Leitstelle der HOCHBAHN durchzuführen.
- Nach Abschluss der Heiarbeiten ist die Umgebung des Arbeitsplatzes auf versteckte Glutnester zu überprüfen. Glutnester und versteckte Brände sind abzulschen.

2.5 Verhalten im Notfall

Der Auftragnehmer hat sich vor Beginn der Arbeiten über die Standorte von Brandschutz- und Erste-Hilfe-Einrichtungen, über die Lage der Flucht- und Rettungswege sowie der Sammelstellen und über die Möglichkeiten zur Alarmierung im Notfall in seinem Arbeitsbereich zu informieren.

Im Notfall (Brand, Umweltschaden, Sachbeschädigung, Arbeitsunfall) ist die Unfallstelle sofort abzusichern und sind gefährdete Personen zu warnen. Alle Notfälle sind unmittelbar über die ständig besetzte Notrufnummer zu melden (Leitstelle der HOCHBAHN).

Die Meldepflicht für Unfälle an die zuständige Aufsichtsbehörde und den gesetzlichen Unfallversicherungsträger des Auftragnehmers bleiben hiervon unberührt.

Alle im Zusammenhang mit dem Auftrag stehenden Umweltschäden und Sachbeschädigungen sind unabhängig von der Dauer der Ausfallzeit unverzüglich anzuzeigen.

HOCHBAHN-Notruf: 77
per Handy 040 3288-77



Verhalten im Notfall.
(z.B. medizinischer Notfall, schwerer Arbeitsunfall)

Ruhe bewahren!

1. Notfall melden. HOCHBAHN Notruf -77

 WER meldet?
WAS ist passiert?
WO ist es passiert?
WELCHE Verletzung?
WIE VIELE sind betroffen/verletzt?
WARTEN auf Rückfragen!

2. Sofortmaßnahmen.

 Gefahrenstelle absichern
Erste Hilfe leisten
Gefahr bekämpfen
Anweisungen von Leitstelle und Rettungskräften befolgen

3. In Sicherheit bringen.

 Gefährdete Personen mitnehmen
Gekennzeichnetem Fluchtweg folgen

Verhalten im Brandfall.

Ruhe bewahren!

1. Brand melden. HOCHBAHN Notruf -77

 WER meldet?
WAS brennt?
WO brennt es?
WIE VIELE sind betroffen/verletzt?
WARTEN auf Rückfragen!

2. In Sicherheit bringen.

 Gefährdete Personen warnen/mitnehmen
Fenster und Türen schließen
Gekennzeichnetem Fluchtweg folgen
Keinen Aufzug benutzen
Anweisungen von Leitstelle und Rettungskräften befolgen

3. Sofortmaßnahmen.

  Löscheinrichtungen benutzen